Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **01. Oktober 2018**

2. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 1. Oktober 2018, 19:00 Uhr bis 20:25 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Paul Steiner (SVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Bruno Eggenberger (BDP/CVP/EVP) Ivo Hasler (SP) Stefanie Huber (glp/GEU) Tanja Walliser (glp/GEU) Finanzvorstand Martin Bäumle Stadtschreiber Martin Kunz
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzähler	Patrick Schnider: Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Andreas Sturzenegger: Bereich SVP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 29. Sitzung vom 25. Juni 2018

3. Protokollgenehmigung der 1. Sitzung vom 2. Juli 2018

4. Postulat Thomas Maier (glp/GEU) und 14 Mitunterzeichnende "Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 233/2018

5. Interpellation Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) "Temporeduktion als kostengünstige Massnahme zur Lärmsanierung" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 242/2018

6. Einzelinitiative André Winkler "Bedingungsloses Grundeinkommen für über 50jährige Ausgesteuerte" / vorläufige Unterstützung
GR Geschäft Nr. 256/2018

7. Einzelinitiative André Winkler "Geeignetes externes privates Stellenvermittlungsbüro mit persönlicher Betreuung von Sozialhilfeempfänger" / vorläufige Unterstützung
GR Geschäft Nr. 1/2018

8. Bürgerrechtsgesuche

8.1. Ismaili Midjela, mazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 240/2018

8.2. Kozak Osman, türkischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 243/2018

8.3. Kryeziu Fidan, kosovarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft GR Nr. 244/2018

8.4. Ryvkin Vitalii sowie Medvedeva Alla, russische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 245/2018

8.5. Iannotta-Prikrylova Katerina sowie die Kinder Iannotta Domenico und Gina Maria, tschechische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 252/2018

8.6. Tahir Siddiqa Ijaz sowie die Kinder Ansar Muhammad Uzair, Ansar Husnaa Touqueer und Ansar Rahmah Touqeer, pakistanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 253/2018

8.7. Widmann Robert, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung Geschäft GR Nr. 254/2018

8.8. Zekjiri Erdjan, mazedonischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 255/2018

9. Wahlen für die Amtsdauer 2018-2022

9.1. Wahl der Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2018-2022

9.2. Wahl der Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2018-2022

9.3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2018-2022

1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 2. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022.

Zu Beginn der Sitzung erheben sich alle Anwesenden um den 20 verunglückten Menschen zu gedenken, die beim Absturz der Tante Ju auf dem Heimflug nach Dübendorf am 4. August 2018 ums Leben kamen.

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Tanja Walliser, Stefanie Huber, Bruno Eggenberger, Ivo Hasler, Stadtrat Martin Bäumle und Stadtschreiber Martin Kunz. An seiner Stelle wird der stellvertretende Stadtschreiber und Geschäftsleiter Simon Winistörfer begrüsst.
Als Ersatz für den Stimmenzähler Ivo Hasler (SP) schlägt Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) Patrick Schnider (SP) vor. Es gibt keinen Einwand gegen diesen Vorschlag, da er auch nicht vermehrt wird, ist Patrick Schnider stillschweigend für diese Gemeinderatssitzung als Stimmenzähler gewählt. Es sind somit 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Getränke

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) macht darauf aufmerksam, dass wie an der Konstituierungssitzung in Aussicht gestellt, für das Publikum ab jetzt jeweils Getränke auf einem Tisch bereitstehen.

Gemeinderating
Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP): „Im vergangenen August, in der Ausgabe 33 der Weltwoche ist zum zehnten Mal in Folge ein Gemeinderating publiziert worden. Erstellt wird die jährliche Studie vom Immobilienberatungsunternehmen IAZI in Zürich. Untersucht und verglichen werden jeweils alle Schweizer Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, insgesamt sind das 921 Gemeinden. Die Hauptfragen für das Rating sind jedes Jahr die gleichen:
Wo ist die Lebensqualität am höchsten? Wo gibt es attraktive Arbeitsplätze, wo genug Schulen und Freizeitangebote? Wo ist die Sicherheit hoch und die Infrastruktur gut ausgebaut? Wie gut ist die Erreichbarkeit und wie hoch ist die Steuerbelastung? Jede Gemeinde wird dann anhand von 50 gleichen Einzelfaktoren bewertet.
Auf welchem Rang von diesen 921 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern denken Sie, ist Dübendorf 2018 gelandet? Vielleicht auf einem sehr guten Platz um 100 herum oder noch im ersten Drittel, so um 300 herum oder doch weiter hinten? Nein, es ist ganz anders, es ist der Rang 14. Ja, ich wiederhole es gerne nochmal 14, ein absoluter Spitzenplatz also. Ein hoch erfreuliches Resultat für Dübendorf. Sehr gut platziert sind auch einige Nachbargemeinden, nämlich Fällanden Rang 24, Wallisellen 29, Uster 42 und Dietlikon 43, alle vier also auch in den Top 50. Sieger 2018 ist Meggen, eine Luzerner Gemeinde am Vierwaldstättersee.
Wer an weiteren Details interessiert ist, kann diese unter folgendem Link einsehen: https://www.weltwoche.ch/publikationen/gemeinderating.html"

Neue Geschäfte seit der letzten Sitzung
Der Stadtrat hat folgende Sachgeschäfte dem Gemeinderat überwiesen:

- Kreditantrag für den Verein Kino Orion für einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 25'000 für die Jahre 2019 bis 2021
- Budget 2019
- Genehmigung eines Zusatzkredites von Fr. 310'000 für die Planung der Gesamtsanierung mit Teilneubau Schulhaus Stägenbuck

Diese Geschäfte werden zurzeit in der GRPK beraten.

Folgende Beantwortungen vom Stadtrat zu politischen Vorstössen sind neu beim Ratsbüro eingegangen:

- Postulat Thomas Maier (glp/GEU) und 14 Mitunterzeichnende „Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf“
- Interpellation Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) „Temporeduktion als kostengünstige Massnahme zur Lärmsanierung“

Die beiden Vorstösse sind für diese Gemeinderatssitzung traktandiert.

Seit der letzten Sitzung wurden folgende politischen Vorstösse eingereicht:

- Interpellation Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) und sechs Mitunterzeichnende „Temporeduktion auf Quartiererschliessungsstrassen"
- Einzelinitiative von André Winkler „Geeignetes externes privates Stellenvermittlungsbüro mit persönlicher Betreuung von Sozialhilfeempfänger"

Die Interpellation wird an der nächsten Sitzung des Büros behandelt. Die Einzelinitiative ist für diese Gemeinderatssitzung traktandiert.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung: Orlando Wyss (SVP)

„Am 24. August 2018 wurde an einer Presseorientierung bekannt gegeben, dass die Werkflugplatz Dübendorf AG gegründet worden ist. Grundlage für diese Gründung ist der Volksentscheid vom 26. November 2017, bei dem das Stimmvolk von Dübendorf, Volketswil und Wangen-Brüttisellen beschlossen hat, diese Aktiengesellschaft zu gründen und mit zwei Millionen Franken Aktienkapital auszustatten. Von den Befürwortern wurde aber im Vorfeld der Abstimmung nie kommuniziert, dass der Bund die Betreibung eines Flugplatzes durch die drei Gemeinden nicht zulassen wird. Wenn die Stimmbürger gewusst hätten, dass das Aktienkapital herausgeworfenes Geld ist, wäre sehr wahrscheinlich das Abstimmungsergebnis anders herausgekommen. Doch die Abstimmung hat stattgefunden und das Ergebnis ist zu akzeptieren. Der Bund hat sofort nach der Volkabstimmung der drei Gemeinden unmissverständlich klargemacht, dass er die Planung des Betriebs dieses Flugplatzes nicht aus der Hand gibt und ihn diese Abstimmung nicht interessiert, da dies Bundesangelegenheit ist. Jetzt ist die Gründung der AG mit Fr. 250'000 Kapital bekannt gegeben worden. Die Stadt Dübendorf schiesst 52% des Kapitals ein, den Rest zahlen Private. Die Gemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen waren schlauer und machten bei der Aktiengesellschaft nicht mit. Darum komme ich auf die Versprechungen des Stadtrates von Dübendorf im Vorfeld der Abstimmung zu sprechen. Das erste gebrochene Versprechen war dieser angesprochene Umstand, dass die AG von allen drei Anrainergemeinden gemeinsam gegründet wird, also auch alle drei Gemeinden Aktienkapital einschiessen werden. Dieses Versprechen wurde gebrochen, da nur Dübendorf Aktienkapital zur Verfügung stellt. Das zweite gebrochene Versprechen betrifft die Entsendung von Verwaltungsräten in die Aktiengesellschaft, da die Dübendorfer Stimmbürger davon ausgehen konnten, dass alle drei Anrainergemeinden im Verwaltungsrat vertreten sein würden. Es ist kein Vertreter der Gemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen im Verwaltungsrat. Und das dritte gebrochene Versprechen – das allerwichtigste – dass die Gründung der Werkflugplatz Dübendorf AG erst vollzogen werden würde, wenn der Bund seine Zustimmung zum Betrieb des Flugplatzes durch die Anrainergemeinden gibt. Mit diesen drei nicht eingehaltenen Zusagen, welche der Weisung des Stadtrates zuhanden der Volksabstimmung entnommen werden können, hat der Stadtrat von Dübendorf den Stimmbürger und Steuerzahler von Dübendorf hintergangen. Nicht zu warten, bis sicher ist, dass die Werkflugplatz Dübendorf AG den Flugplatz auch betreiben kann, ist nicht nur ein Brechen von Versprechen, sondern auch Verschleuderung von Steuergeldern. Der Betrag von Fr. 130'000 ist verloren und wird bis zum definitiven Aus dieser Träumerei verbraucht sein. Die beiden anderen Anrainergemeinden waren schlauer und machten bei dieser Steuergeldverschleuderung nicht mit. Dass der Stadtrat von Dübendorf so fahrlässig mit Steuergeldern umgeht, ist ein Skandal. Offensichtlich hat der unerwartet gute Rechnungsabschluss zu diesen unüberlegten Handlungen geführt. Das heisst für den Gemeinderat von Dübendorf, dass man bei der nächsten Budgetdebatte schauen muss, dass die Exekutive von Dübendorf weniger Geld zur Verfügung hat, welches sie zum Fenster rausschmeissen kann. Unter diesem Gesichtspunkt werden wir von der SVP den Antrag auf die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses beurteilen."

2. Protokollgenehmigung der 29. Sitzung vom 25. Juni 2018

Zum Protokoll der 29. Sitzung vom 25. Juni 2018 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Protokollgenehmigung der 1. Sitzung vom 2. Juli 2018

Zum Protokoll der 1. Sitzung vom 2. Juli 2018 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

4. Postulat Thomas Maier (glp/GEU) und 14 Mitunterzeichnende "Verkehrssituatior beim Bahnhof Dübendorf" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 233/2018

Antrag Stadtrat
Der Stadtrat beantragt, das Postulat Aufrecht zu erhalten.

Stellungnahme Thomas Maier (glp/GEU)
„Wie haben Sie das wunderschöne, sonnige Herbstwochenende genossen? Ich hoffe, Sie konnten auch etwas nach draussen. Ich durfte gestern von Gibswil auf die Scheidegg wandern und die fantastische Aussicht auf Zürichsee, Glarneralpen und Züri Oberland geniessen. Sie fragen sich jetzt sicher, was das mit meinem Postulat zu tun hat. Ich erkläre Ihnen das sehr gerne.
Zuallererst möchte ich aber dem Stadtrat und auch der Verwaltung ein grosses Dankeschön aussprechen für die enorme Arbeit, die sie in die Beantwortung unseres Postulates und die Lösung der darin angesprochenen Probleme investiert haben. Ebenfalls danken möchte ich, dass Stadtrat und Verwaltung anerkennen, dass bettreffend der Situation rund um den Bahnhof Dübendorf dringender Handlungsbedarf besteht. Offenbar ist auch die Erkenntnis da, dass, ich zitiere aus der Antwort: „…,die Sofortmassnahmen noch keine langfristig befriedigende Situation herbeigeführt haben. Sie waren jedoch ein wichtiger, erster Schritt, um die dringlichsten Missstände zu beheben. Für eine langfristig optimale Lösung ist etwas mehr Zeit nötig".
Ich teile diese Einschätzung im Grundsatz. Trotzdem, und hier kommt jetzt der Link zu meiner Wanderung von gestern, hinken wir in Dübendorf schlicht und einfach hinterher. Wenn ich mit dem Zug von Dübendorf nach Gibswil fahre, so wie gestern, dann treffe ich in Gemeinden wie Wetzikon, Uster oder Rüti auf funktionierende ÖV-Knotenpunkte mit kurzen Umsteigewegen, sinnvollen Haltekanten im Busbahnhof, verkehrsberuhigten, auf den Langsamverkehr ausgerichteten Strassenräumen. Alles notabende auch am Sonntag intensiv belebt.

Wir Postulanten wollten übrigens dem Stadtrat nie unterstellen, dass er nicht informiert oder er die Planung nicht effizient und unter kompetenter Begleitung vorantreibt – wie er in der Antwort schreibt. Wir attestieren dem Stadtrat, dass er dies wirklich tut – und erwarten es auch weiterhin von ihm. Dem stimmt der Stadtrat ja zu, mit der Anerkennung des dringenden Handlungsbedarfs. Der Stadtrat beschreibt in seiner Antwort ausführlich die langfristig angestrebte Lösung mit Platzabsenkung beim Bahnhof Süd und dem neuen Busbahnhof. Danke für die detaillierte und nun in einer Übersicht vorhandene Zusammenstellung der bis dato verfügbaren Unterlagen. Aus Zeitgründen gehe ich hier jetzt nicht im Detail darauf ein. Der Stadtrat schreibt, die monierten Schwächen des heutigen Bahnhofs bzw. Bushaltestellen (darunter z.B. die gegenseitige Behinderung von Bussen, Konflikte Busse mit MIV, Stau und unübersichtliche Situationen für Fussgänger und Velofahrende, keine witterungsgeschützte Umstiegswege, kleines Wartehäuschen, etc.) werden mit dem Bau des Bushofs zeitgemäss und vollständig gelöst. Dies ist möglich, ja. Dazu braucht es aber von Anfang an die richtigen Ansätze, Rahmenbedingungen und richtig gesetzten Anforderungen. Was wollen und brauchen wir im Zentrum ist vielleicht wichtiger als die Frage, wo wir die Busse "hinquetschen" und uns auf eine Lösung fixieren. Der Stadtrat läuft Gefahr, lange Planungen zu machen, sich schöne Lösungen auszusuchen und wenn dann hohe Kosten drohen, später wieder optimieren zu müssen. Und je länger es dauert, desto

ungeduldiger werden alle. Wir haben heute schon diverse, immer lauter werdende Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die mit der Situation am Bahnhof äusserst unzufrieden sind.

Leider ist die grosse Lösung aber immer noch ferne Zukunftsmusik. Und, realitätspolitisch, immer noch mit vielen Unsicherheiten (Absenkung, Kosten) verbunden. Ich weiss, wie lange solche Planungsprozesse mit Studien, Testplanungen und Konzepten dauern und man muss immer alle politischen Ebenen miteinbeziehen. Genau darum, haben wir, neben der verdankenswerterweise gelieferten Gesamtschau, im Postulat eben auch ganz konkret nach kurzfristig, einfach umsetzbaren Lösungen gefragt. Ich erwähne diese gerne noch einmal:

- Eine Begegnungszone zur Beruhigung der ganzen Verkehrsfläche und Erhöhung der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden.
- Ein Einbahn - Kreisverkehr für den MIV, der es erlaubt mit dem Auto an den Bahnhof Dübendorf zu gelangen, aber nicht mehr im Gegenverkehr, sondern entflechtet. Beispielsweise im Gegenuhrzeigersinn von Strehlgasse, Usterstrasse via Bettlistrasse sowie Bahnhofstrasse.
- Eine Zufahrtslösung zum Bahnhof, bei der der Bahnhof einfach von einer Seite her erschlossen ist für den MIV.

Und genau wenn es um solche, unserer Meinung nach kurzfristig umsetzbaren Lösungen geht, wird der Stadtrat wieder vage: „Der Stadtrat macht sich deshalb Gedanken, was … bis dahin passieren soll" (Seite 6). Resp. weiter unten, wird jetzt noch einmal ein Bericht (Verkehrskonzept Stadtzentrum) erstellt und es gibt dann Antworten, ob bereits jetzt eine Begegnungszone möglich sei. Und dann wird wieder auf übergeordnete Normen und Vorgaben verwiesen.

Ich möchte hier für das weitere Vorgehen zwei, drei Wünsche formulieren:

- Ich wünsche mir vom Stadtrat einen klaren politischen Willen und entschlossenes Vorgehen, nicht nur langfristig, sondern auch kurzfristig jetzt vorwärts zu machen. Ich möchte eine Situation wie z.B. beim Thema „Tempo 30" in Dübendorf verhindern. Denn auch dort, heisst es einmal, wenn wir Einzelmassnahmen fordern, wir brauchen ein Gesamtkonzept und wenn wir ein Gesamtkonzept machen wollen, nein, wir arbeiten lieber mit Einzelmassnahmen. Ja was jetzt? Dieses Spiel geht in Dübendorf schon seit über zehn Jahren so. In anderen Gemeinden – Uster, Wetzikon, Rüti – also eigentlich allen im Kanton, ausser Dübendorf, geht das vorwärts. Ich höre das übrigens auch aus dem Amt für Verkehr vom Kanton, dass Dübendorf ein schwieriges Pflaster sei.

- Der Stadtrat soll sich doch bitte nicht hinter Normen und Vorgaben vom Kanton oder Bund verstecken. Es stellt sich nicht die Frage, wieso geht dies oder jenes nicht. Die einzige Frage die relevant ist: was müssen wir wo, wie tun, damit es vorwärts geht? Ein Beispiel? Stellen sie einfach Tafeln auf und machen auf dem heutigen Strassenraum eine Begegnungszone oder ein Einbahnregime, wie ich es vorhin beschrieben habe. Das ist eine supergünstige, schnell realisierbare Lösung. Ich habe einfach langsam Mühe, zu glauben, der Kanton verhindere das. Überall sonst geht es auch – wie letzthin in Zürich auf einer Strasse mit Tram in der Mittelführung, als ich auf dem Velo völlig überrascht realisiert habe, dass ich eben durch eine Tempo 30 Zone gefahren bin. Und wenn der Kanton sagt, es gehe nicht, dann würden wir extrem gerne mal den konkreten Antrag und die konkrete, ablehnende Antwort des Kantons sehen. Wollen Sie! Und stellen Sie die Fragen so, dass es geht. Das zu den kurzfristig möglichen Varianten, auf die der Stadtrat leider nur vage eingeht.

- Verwaltung und Stadtrat möchten bitte mithelfen, dass wir eine möglichst kostengünstige langfristig funktionierende Lösung finden. Persönlich habe ich Zweifel, ob die Platzabsenkung wirklich das Gelbe vom Ei ist – mit den grossen Kosten (auch wenn ich begeistert bin von all den Plänen, Varianten und Möglichkeiten). Ich habe auch Zweifel, ob es politisch mehrheits-

fähig ist am Ende. Haben wir einmal bei unseren Nachbargemeinden nachgefragt, wie sie es gelöst haben? Können wir dort noch etwas lernen? Auch wenn ich die Dächervarianten im Bebauungs- und Verkehrskonzept Süd ansehe, in denen die vier ausführlichen Dächervarianten bereits sehr konkret aufgelistet sind, wie man dies lösen könnte. Auch dort kommen mir Geschichten in den Sinn in Dübendorf, an die ich lieber nicht mehr denken möchte, z.B. den Bahnhof Stettbach. Da möchte ich gerne bevor wir über Dächer sprechen über andere Dinge reden. Oder, was mir konkret aufgefallen ist, um einfach noch ein Beispiel zu nehmen: in 3.2.3 empfiehlt der Bericht auf 16cm Haltekanten zu setzen. Verbände für hindernisfreies Bauen gehen da mittlerweile auf Konfrontation, v.a. bei Neubauten und verlangen klar 22cm – das geht aber nur mit anderen Haltekanten nicht mit Fliesskanten, etc. Ich möchte aber eigentlich gerne über eine höhere Flughöhe diskutieren und v.a. schauen, dass es am Schluss eine Lösung gibt, die funktioniert – mit vernünftigen Kosten.

Da wir noch lange nicht am Ziel sind – wie auch immer das dann aussehen wird – sind wir froh, dass der Stadtrat Aufrecht erhalten des Postulates beantragt. Wir beantragen das ebenfalls. Wie gesagt: noch einmal herzlichen Dank für die intensive Arbeit. Und wir hoffen, dass der Stadtrat dranbleibt und schnell vorwärts macht."

Stadtpräsident André Ingold (SVP)
„Ganz herzlichen Dank für diese Worte und ich werde den Dank selbstverständlich der Verwaltung zurückgeben. Doch etwas hast du relativ grosszügig umschifft. Du hast zwar vom Verkehrskonzept vom Stadtzentrum gesprochen, für das wir am 1. März 2018 den Auftrag an die Firma IBV Hüsler gegeben haben, um das Konzept auszuarbeiten. Aber du hast nicht gesagt, dass im Herbst aufgrund der Resultate allfällige Teilbereiche herausgeschält werden, die man einfach und kostengünstig umsetzen könnte. Zum einen haben wir vorher gehört, dass der Stadtrat Geld verschleudert und zum anderen haben wir jetzt gehört, wir machen nichts. Es ist eine schwierige Gratwanderung. Aber es ist ganz klar, sobald das Verkehrskonzept von der IBV Hüsler für das Stadtzentrum daliegt, werden wir die notwendigen Massnahmen, die wir als wichtig erachten, entsprechend herausnehmen und weitere Projekte anstossen."

Patrick Walder (SVP)
„Wie bereits bei der Überweisung des Postulats gesagt, sieht auch die SVP Dübendorf ebenfalls Handlungsbedarf rund um den Bahnhof Dübendorf. Die SVP Dübendorf nutzt die heutige Diskussion, um einige Punkte bereits frühzeitig festzuhalten und für die weitere Diskussion zu bedenken zu geben. Eine Begegnungszone am Bahnhof Dübendorf kommt für die SVP so nicht in Frage. Vor allem nicht zu einem früheren Zeitpunkt, also vor dem Bau des neuen Busbahnhofs. In der Signalisationsverordnung wird zu Begegnungszonen festgehalten: „Das Signal "Begegnungszone" (2.59.5) kennzeichnet Strassen in Wohn- oder Geschäftsbereichen, auf denen die Fussgänger die ganze Verkehrsfläche benützen dürfen. Sie sind gegenüber den Fahrzeugführenden vortrittsberechtigt, dürfen jedoch die Fahrzeuge nicht unnötig behindern."
Mit anderen Worten bedeutet dies, dass Fussgänger auch gegenüber dem öffentlichen Verkehr absolutes Vortrittsrecht haben. Dieses generelle und absolute Vortrittsrecht wiegt Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere Kinder, in eine falsche Sicherheit. Es suggeriert, dass Fussgänger sich nicht mehr auf den Verkehr achten müssen und sich ungeachtet bewegen dürfen. Auch mit Tempo 20 kann es zu lebensgefährlichen Situationen kommen, wenn Kinder einfach auf die Strasse rennen. Für den Verkehr, insbesondere für grössere Fahrzeuge wie Busse und Lastwagen, welche zum Teil einen grossen «Toten Winkel» haben, ist eine Unaufmerksamkeit der Fussgänger in Begegnungszonen ein effektives Risiko.
Der Stadtrat ist seitens SVP aufgefordert anderweitige Lösungen für den Bahnhof Dübendorf zu prüfen und zuerst die Situation nach dem Bau des Busbahnhofs zu analysieren. Weiter ist festzuhalten, dass auch ein komplettes Fahrverbot am Bahnhof und der Bahnhofstrasse von der SVP abgelehnt

wird. Ziel des Verkehrskonzepts ist es den Durchgangsverkehr durch Dübendorf zu minimieren, wie der Stadtrat immer wieder betont hat. Ein Fahrverbot am Bahnhof und auf der Bahnhofstrasse würde aber nicht den Durchgangsverkehr behindern, sondern direkt und fast ausschliesslich die Dübendorferinnen und Dübendorfer.
Weiter musste die SVP beim Studium der Unterlagen feststellen, dass gemäss Antwort des Stadtrats ein Spurabbau auf der Überlandstrasse geplant ist. Auch dieser Plan widerspricht diametral den Vorstellungen des Stadtrats mit dem Verkehrskonzept das Dübendorfer Zentrum zu entlasten. Die Überlandstrasse ist ja genau die Umfahrungsstrasse Dübendorfs und stellt sicher, dass der Verkehr durch das Zentrum nicht zunimmt. Sollte es dort wirklich zu einem unlogischen und komplettfalschen Abbau von bestehender und mit Steuergeldern finanzierten Infrastruktur kommen, wird sich die SVP Dübendorf mit allen Möglichkeiten dagegen wehren.
Um weiterhin im Bilde zu sein und auch so früh wie möglich Interventionsmöglichkeiten zu erhalten, wird die SVP dem Antrag des Stadtrats folgen und für die Aufrechterhaltung stimmen – jedoch klar mit dem Hinweis, dass wir mit einigen Punkten in der Antwort so gar nicht einverstanden sind.
Ich möchte hier noch einen Punkt aufnehmen, den Thomas Maier als seinen dritten Wunsch aufgeführt hat. Es soll ein kostengünstiges und gutes System werden. Aus meiner Sicht bedeutet ein kostengünstiges und ein gutes System, nicht noch einmal zahlreiche Provisorien, sondern ein durchdachtes System. Es muss daher auch beim Stadtrat breit abgestützt sein, damit am Schluss eine sinnvolle Lösung vorliegt."

Theo Johner (BDP/CVP/EVP)
„Die Fraktion BDP/CVP/EVP dankt dem Stadtrat für die bisherig geleisteten Antworten und unterstützt die Aufrechterhaltung des Postulats."

Theo Zobrist (SP)
Der Teilrichtplan für das Bahnhofgebiet wurde 1996 vom Gemeinderat festgesetzt und an der Urnenabstimmung bestätigt. Dies Planung ist behördenverbindlich, sie sichert den Einfluss der Bevölkerung, die manchmal andere Vorstellungen und Wünsche hat wie sich Dübendorf – oder einzelne Projekte entwickeln sollen – als der Stadtrat. Wenn der Stadtrat Synthesenberichte, Testplanungen, Konzepte usw. beurteilt und verabschiedet, die von der Richtplanung oder vom bestehenden Recht abweichen, wäre es richtig, wenn er den Richtplan anpassen würde. Im Moment hat der Gemeinderat nämlich keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung des Bahnhofgebiets und somit auch nicht die Bevölkerung, die demokratischen Spielregeln werden ausgehebelt.
Ebenfalls 1996 wurde der Teilrichtplan Verkehr genehmigt und an der Urne bestätigt. In diesem ist die Bettlistrasse zu Umklassierung vorgesehen, die städtischen Sammelstrasse könnte sich zu einer Quartierstrasse oder Einbahnstrasse bis hin zu einer Sackgasse ändern. Seit mehr als 20 Jahren müssen wir mit der unbefriedigenden Verkehrssituation und unserem Provinzbahnhof leben.
Trotzdem ist in den letzten Jahren etwas passiert. Der Stadtrat hat sich ohne Wissen des Gemeinderates oder der Bevölkerung auf das beste Projekt eingeschossen. Er hat eine Kostenschätzung erstellt und in ca. fünf Jahren soll der Busbahnhof stehen. Dies entnehme ich der Postulatsantwort. So hat sich wenigstens in den letzten Jahren ein bisschen etwas bewegt. Der letzte Abschnitt dieser Postulatsantwort, der Abschnitt „Kommunikation" hat mich etwas ins Grübeln – und mein Demokratieverständnis – ins Wanken gebracht.
Im ersten Abschnitt steht: „betreffend Mitsprache sind die Kompetenzregelungen für die jeweiligen Behörden ausschlaggebend. Planungen einzuleiten, Variantenentscheide zu treffen und im Rahmen seiner Finanzkompetenzen Planungsarbeiten zu vergeben, gehört zu den Aufgaben des Stadtrates." Ich denke, wenn der Gemeinderat die kommunale Richtplanung festsetzt und die Bau- und Zonenordnung bestimmt hat er sicherlich ein gewisses Mitspracherecht. Der Stadtrat sollte nicht quasi seine Kompetenzen missbrauchen für ordnungswidrige Planungen. Weiter steht dort: „Der Gemeinderat wird jedoch bei allen genannten Projekten selbstverständlich Gelegenheit erhalten, sich dazu zu äussern, sobald seine Kompetenzen betroffen sind.

So wird ihm beispielsweise die Festsetzung der angepassten Bau- und Zonenordnung obliegen."
Die Bau- und Zonenordnung wird nicht festgesetzt, sie ist ein Erlass des Gemeinderates. Also wenn hier steht, wir müssen dies dann einfach festsetzen, ist dies falsch. Dies ist unsere Mitsprachemöglichkeit.
Die SP-Fraktion unterstützt die Lösungsschritte des Postulates und hat die Gesamtauslegung des Stadtrates zur Kenntnis genommen, ist aber nicht mit allem einverstanden. Wir wünschen uns mehr Rechtssicherheit und Verbindlichkeit gegenüber den Richtplanungen, gegenüber der Bau- und Zonenordnung, und mehr Miteinbezug des Gemeinderates und somit der Dübendorfer Bevölkerung. Selbstredend sind wir für Aufrechterhaltung des Postulates."

Abstimmung
Das Postulat „Verkehrssituation beim Bahnhof Dübendorf " wird mit 35 zu 0 Stimmen aufrechterhalten.

5. Interpellation Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) "Temporeduktion als kostengünstige Massnahme zur Lärmsanierung" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 242/2018

Stellungnahme Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)
„Lärm und natürlich auch Verkehrslärm ist nicht nur lästig, sondern erwiesenermassen auch gesundheitsschädlich. Die grössten Lärmverursacher sind die Strassen. Die Trends hin zu mehr Verkehr, grösseren Fahrzeugen und dichterer Bauweise erhöhen die Lärmbelastung immer mehr. Die Lärmschutzverordnung des Bundes schreibt vor, dass Strassen, an welchen gewisse Grenzwerte überschritten werden, saniert werden müssen. Die Lärmschutzverordnung gibt dazu folgende Vorgaben:
In erster Priorität sind Massnahmen an der Quelle umzusetzen, wie leisere Fahrzeuge, Verkehrsreduktion, Verkehrslenkung, Geschwindigkeitsreduktion und lärmarme Beläge. Können mit diesen Massnahmen die Grenzwerte nicht eingehalten werden, sind in zweiter Linie Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg zu wählen, wie Lärmschutzwände oder -wälle oder Zwischenbauten. Nur wenn eine Sanierung in diesem Sinne nicht möglich ist, kommen Schallschutzfenster als Ersatzmassnahme zur Anwendung.
Die Lärmsanierung war gemäss LSV bis am 31. März 2018 abzuschliessen. Der Ablauf dieser Frist gibt dem Thema nun die entsprechende Aktualität. Die LSV ist allerdings bereits seit dem 1. April 1987 in Kraft. Sie sah damals die Lärmsanierung bis 2002 vor. Da diese Frist nicht eingehalten werden konnte, verlängerte der Bund die Sanierungsfrist bis 2018.
Gemäss Antwort des Stadtrats liegt in Dübendorf die Strassenlärmbelastung an 15 Gemeindestrassen über den Immissionsgrenzwerten (IGW) der eidgenössischen Lärmschutzverordnung, im Stadtzentrum teilweise sogar über den Alarmwerten (AW). Insgesamt 81 Gebäude mit entsprechenden IGW-Überschreitungen und 5 Gebäude mit AW-Überschreitungen haben Anspruch auf Beiträge der Stadt. Das heisst, die Stadt ist verpflichtet, diese Strassen entsprechend zu sanieren.
Das Bundesrecht verlangt also die Umsetzung sämtlicher Massnahmen, die den Strassenlärm dämpfen. Es wird vorgegeben, dass mit erster Priorität Massnahmen an der Quelle, wie Geschwindigkeitsreduktionen und Verkehrsreduktionen, zur Lärmreduktion zu prüfen und umzusetzen sind und Schallschutzfenster keine Sanierungsmassnahme, sondern eine Ersatzmassnahme darstellen, wenn die Sanierung nicht möglich ist.
Damit stehen gerade im Siedlungsgebiet Temporeduktionen als wirksamstes und günstigstes Mittel gegen Lärmimmissionen im Vordergrund. Andere Massnahmen wie Lärmschutzwände sind im Siedlungsgebiet nicht geeignet und Flüsterbeläge sind teuer und ihre Lebensdauer kurz, wie dies der Stadtrat festhält. Im Übrigen schliessen Flüsterbeläge eine Temporeduktion nicht aus, da sie auch als in Kombination wirksam sind. Schallschutzfenster sind wie gesagt keine Sanierungsmassnahme,

zudem ebenfalls teuer und bringen für die Aussenräume und bei geöffnetem Fenster nichts. Bei Geschwindigkeitsreduktionen hingegen können weitere Synergien genutzt werden, dienen diese doch zusätzlich der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Strassenraum sowie der Reduktion von Luftschadstoffemissionen. Inzwischen hat dies auch das Bundesgericht in mehreren Entscheiden festgehalten. Es erachtet Tempo 30 Zonen sogar auf verkehrsorientierten Strassen, die Hauptachsen für den motorisierten Verkehr darstellen, als geeignet.
Der Stadtrat schreibt nun zwar in seiner Antwort, diese Bundesgerichtsentscheide zur Kenntnis genommen zu haben. Aufgrund der neusten Rechtsprechung seien künftig Lärmschutzmassnahmen an der Quelle prioritär zu prüfen. Temporeduktionen seien eine effektive Massnahme zur Lärmreduktion und seien punktuell zu prüfen. Die Wirksamkeit der Massnahme für eine Verminderung des Strassenlärms sei durch Studien des ASTRA und BAFU bestätigt worden. Tempo 30 statt Tempo 50 reduziere die Lärmemissionen um rund drei Dezibel. Das entspricht einer Halbierung des Lärms. Die Verminderung des Lärms, hänge mit dem geringeren Tempo zusammen, aber auch damit, dass die Autofahrer konstanter fahren und weniger oft und weniger lang bremsen und beschleunigen. Dadurch entsteht ein flüssigerer Verkehr. Der Stadtrat schreibt schliesslich, er sei der Ansicht, „dass die Prüfung solcher Massnahmen durch die Lärmschutzverordnung sowie durch die aktuelle Rechtsprechung vorgegeben wird".
Der Stadtrat hat nun also erkannt, dass Tempo 30 eine effektive Massnahme zur Lärmreduktion darstellt und er verpflichtet ist, diese Massnahmen in erster Priorität umzusetzen. Dazu ist die Stadt allerdings unabhängig von diesen Bundesgerichtsentscheiden, welche die LSV lediglich untermauern, bereits seit über 30 Jahren durch die LSV und damit durch Bundesrecht verpflichtet.
Dies hat der Stadtrat aber nicht gemacht und viel schlimmer noch: Er will seine Strategie auch in Zukunft nicht anpassen. Er stellt einzig in Aussicht, ein Jahr nach Abschluss der Durchführung der bereits beschlossenen Schallschutzmassnahmen deren Wirksamkeit zu überprüfen und dann allenfalls Massnahmen an der Quelle zu prüfen, sollten die Grenzwerte immer noch nicht eingehalten werden können. Dass dieses Vorgehen – in dieser Reihenfolge – bereits aufgrund der Vorgaben der LSV von Anfang an falsch ist, sollte inzwischen ausreichend klar geworden sein und das schreibt der Stadtrat ja auch selber. Diese Haltung des Stadtrats ist nicht nur als Verweigerung, bundesrechtliche Verpflichtungen zu erfüllen, zu beurteilen, sondern in erster Linie auch als Verschwendung von Steuergeldern für teure Schallschutzfenster. Diese kosteten die Stadt bislang immerhin fast eine halbe Million Steuerfranken. Ganz zu schweigen von den im Stich gelassenen lärmgeplagten Anwohnern. Denken sie einfach mal an den zu Ende gegangenen Jahrhundertsommer zurück und überlegen sie für sich selber: Hätten sie lieber bei geschlossenem Schallschutzfenster geschlafen oder bei offenem – für unsere Steuerzahler kostenlosen – herkömmlichen Fenstern?
Wenn der Stadtrat seine frühere Fehlstrategie damit begründet, er habe davon ausgehen dürfen, dass das landesweit übliche Tempo 50 Regime zu einem flüssigen Verkehr beiträgt, so ist dies nichts als eine faule Ausrede, und der Stadtrat kann diese Haltung selber nicht belegen. Das Gegenargument bringt er dafür in seiner Antwort gleich selber: Tempo 30 macht den Verkehr erwiesenermassen flüssiger! Im Übrigen gilt Tempo 50 gerade nicht landesweit üblich, vielmehr setzen heute – anders als Dübendorf – sehr viele Städte auf Tempo 30, und dies mit Erfolg.
Gar nicht hinnehmen kann ich den Hinweis bzw. die weitere Ausrede des Stadtrats er habe den Volksentscheid vom 6. Mai 2013 gegen Tempo 30 in Wohnquartieren zu akzeptieren. Diese Initiative wurde damals vom Stadtrat mit dem Argument abgelehnt, Tempo 30 sei besser im Einzelfall zu prüfen und umzusetzen, anstatt ein Gesamtkonzept zu erstellen. Nun verweist der Stadtrat wiederum auf ein Gesamtkonzept, nämlich das Gesamtverkehrskonzept, und ist nicht bereit, im Einzelfall Tempo 30 zu prüfen. Dies ist nichts anderes als eine „Hü- und Hott-Politik"!
Wenn der Stadtrat also in seiner Antwort weiter schreibt, er setze sich dafür ein, die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des zunehmenden Strassenverkehrs zu schützen, so hat er hier gerade das Gegenteil bewiesen, macht er doch nicht einmal das, wozu ihn das Bundesrecht seit 30 Jahren verpflichtet. Ich kann nur hoffen, dass die nun immerhin schriftlich deklarierte Erkenntnis des Stadtrats dann doch einmal noch zu entsprechenden Taten führen wird."

Stellungnahme Stadtrat
Keine

Diskussion

Guido Schwegler (SVP)
„Ernüchterung im Kampf gegen Lärm – diese Schlagzeile ist am letzten Mittwoch im Tagesanzeiger gestanden. Die Stadt Zürich hat versucht, die Anwohner mit Temporeduktionen vom Lärm zu erlösen. Doch die Bilanz fällt alles andere als gut aus. Nicht einmal 20% von den betroffenen Anwohnern haben von dieser Massnahme (einer Temporeduktion) profitieren können. Die Anderen, die nach wie vor vom Lärm geplagt sind, haben von der Stadt ein Schreiben erhalten. In diesem steht, sie können jetzt den Einbau von Lärmschutzfenstern beantragen. Unser Stadtrat hat sich von Anfang an für den Einbau von Lärmschutzfenstern entschieden. Er hat eine zielorientierte Lösung ausgearbeitet, diese wird jetzt umgesetzt und in Kürze abgeschlossen. Auch, hat der Stadtrat mit dieser Lösung den Volkswillen respektiert. Die Wähler haben im September 2013 deutlich mit 65% Nein gegen Tempo 30 entschieden. Immer wieder wird bei diesem Thema auf Urteile vom Bundesgericht hingewiesen. Bei diesen Urteilen handelt es sich um fallbezogene Urteile, diese können nicht generell und überall angewendet und umgesetzt werden und es sind auch keine Gesetze. Ein Beispiel: Das Bundesgericht hat in einem Urteil vom März 2018 gesagt, dass der Zeitverlust mit einer Temporeduktion auf Tempo 30 vernachlässigbar sei. Demgegenüber steht die Aussage vom Stadtzürcher Stadtrat Wolff, ich zitiere: „Oft sei es nicht möglich, das Tempo auf 30 zu reduzieren, weil auf den Strassen der öffentliche Verkehr fahre, der zu stark ausgebremst würde." Zusammenfassend: Temporeduktionen sind kein Allerweltsmittel und der Volkswille muss respektiert werden."

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

6. Einzelinitiative André Winkler "Bedingungsloses Grundeinkommen für über 50jährige Ausgesteuerte" / vorläufige Unterstützung GR Geschäft Nr. 256/2018

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) erläutert das Vorgehen betreffend vorläufiger Unterstützung der Einzelinitiative:
„Die Einzelinitiative wurde beim Ratsbüro eingereicht, welche die Stimmberechtigung des Initianten überprüfen liess. Diese wurde durch das Einwohneramt Dübendorf bestätigt. Wenn die Einzelinitiative von mindestens 14 Ratsmitgliedern die vorläufige Unterstützung erhält (Art. 11 Gemeindeordnung), wird sie an den Stadtrat überwiesen, der die Gültigkeit prüft. Wenn sie gültig ist, wird der Stadtrat einen Bericht und Antrag ausarbeiten, der dann dem Gemeinderat vorgelegt wird. Wenn die vorläufige Unterstützung nicht erreicht wird, gilt die Einzelinitiative als erledigt abgeschrieben."

Diskussion

Julian Croci (GP)
„Der Titel der Initiative von André Winkler, „Bedingungsloses Grundeinkommen für über 50-jährige Ausgesteuerte" ist widersprüchlich. Das Grundeinkommen wäre an die Job-Situation und das Alter gebunden. Dies ist vieles, aber nicht bedingungslos. Trotzdem weckte die Initiative in der Grünen-Fraktion Interesse. Wir werden in Zukunft die Möglichkeiten haben, einen Teil der heutigen Lohnarbeit von Algorithmen und Maschinen erledigen zu lassen. Als Gesellschaft müssen wir uns nun überlegen, wie wir darauf reagieren können, wenn die klassische Lohnarbeit nicht mehr in der heutigen

Fülle vorhanden ist. Das bedingungslose Grundeinkommen könnte eine Lösung sein. Könnte – Wissen werden wir es nur, wenn das bedingungslose Grundeinkommen in möglichst verschiedenen Szenarien getestet wird.
Rheinau im Zürcher Weinland bereitet einen solchen Versuch vor. Dübendorf wäre das Gegenteil von Rheinau. In Rheinau soll direkt das halbe Dorf mitmachen – in André Winklers Initiative nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Von Rheinau hat man etwa eine Stunde mit dem ÖV nach Zürich HB, vom Bahnhof Dübendorf eine Viertelstunde. Sie sehen, man würde sich in diesem Versuch perfekt ergänzen mit Rheinau. Aus diesem Grund unterstützen wir Grünen die Einzelinitiative von André Winkler, auch wenn es nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen ist im Sinne des Wortes. Es wäre auf jeden Fall ein spannender und wichtiger Versuch, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln kann."

André Csillaghy (SP)
„Wenn man die Arbeitsstelle verliert und die Taggelder der Arbeitslosenkasse ausgeschöpft sind, geht es um existenzielle Fragen. Und sofern man darüber hinaus auch noch zu den älteren Leuten gehört, fragt man sich, wie viele Chance man überhaupt hat, je noch einmal irgendwo angestellt zu werden. Die Arbeitssuche, auch wenn man sie nach meiner Auffassung nie aufgeben sollte, muss ganz anders gestaltet sein, als für jüngere Leute. Die Initiative spricht hier ein empfindliches Thema an, das leider in der Zukunft wahrscheinlich immer mehr Leute betreffen wird. Man redet viel über eine Verschiebung des Pensionsalters nach oben. Dabei wird kaum wahrgenommen, dass die Chancen, eine neue Stelle zu finden, mit dem Alter nur sinken. Auch wenn es keine Vorgabe gibt, so sind Arbeitgeber nach wie vor eher daran interessiert, jüngere Leute einzustellen, ausser, es geht ggf. um ganz spezielle Anforderungen und Fachkenntnisse. Und das allein nur, weil ältere Personen bei gleicher Qualifikation oft mehr Lohn beanspruchen und auch beanspruchen müssen.
Wenn man ausgesteuert wurde, ist man heute in Dübendorf gezwungen, sich neu in die Arbeitswelt zu integrieren. Die Initiative von André Winkler lehrt uns, dass es ein ganzes Paket an obligatorischen Massnahmen für die Stellensuche und Teilnahme an diversen Programmen bedarf. Das nehme ich an, ist Teil des „Fordern"-Konzeptes des Sozialamts. Leider funktioniert es nur, wenn die Erfolgschancen gut stehen. Wie aber sieht es aus, wenn die Chancen verschwindend klein sind? Das Fordern wird dann kontraproduktiv, und die Personen versinken noch mehr in ihren Problemen – das weiss jeder professionell ausgebildete Sozialarbeiter bzw. jede Sozialarbeiterin. Auch ich als Arbeitgeber weiss aus eigener Erfahrung, wie viele Bewerbungen ich bekomme, die nirgendwo eine Chance haben werden. In solchen Situationen verlieren alle Betroffenen nur Zeit und Nerven: Dieses Spiel wird dann zu einem vollständigen Leerlauf. Für solche Fälle müsste es ein anderes Modell geben, welches wir noch nicht haben. Ohne ein solches anderes, besseres Modell sind dann die Erfolgschancen einfach nur willkürlich. Die Initiative bringt diese komplexe Thematik auf dem Tisch, es ist richtig, dass wir uns mit diesem Thema befassen. Deshalb unterstützt die SP diese Initiative."

Orlando Wyss (SVP)
„Dass es ein grosses Problem ist, wenn jemand über 50 oder auch etwas jünger arbeitslos wird, das ist uns allen bewusst. Ich glaube das ist etwas, was wir sicher ernst nehmen werden und uns vielleicht überlegen werden, was man für Sachen verbessern kann Es ist aber nicht unbedingt eine Aufgabe für den Dübendorfer Gemeinderat und auch nicht für die Stadt Dübendorf, sondern es ist ein nationales Thema. Das bedingungslose Grundeinkommen – über das haben wir erst letztes Jahr abgestimmt. Und das Volk hat absolut klar und deutlich Nein gesagt zu dem bedingungslosen Grundeinkommen. Die Stadt Dübendorf hat es mit 78% abgelehnt und das sollte eigentlich eine klare Antwort sein auf diese Einzelinitiative. Diese Einzelinitiative wurde von jemandem eingereicht, der gemäss eigenen Angaben gegenüber dem Glattaler – als er für den Stadtrat und Gemeinderat und was weiss ich nicht für alles kandidiert hat – gesagt hat, er sei arbeitslos. Und es betreffe eigentlich nicht unbedingt ihn, er finde schon immer wieder eine Arbeit – das ist etwas, was ich ganz stark bezweifle, muss ich Ihnen sagen. Diese Einzelinitiative von André Winkel ist von jemandem gemacht worden, der nicht geplagt werden möchte mit der Stellensuche, sondern eher den bequemen Weg gehen

möchte. Denn ich bin überzeugt, dass die Betreuung durch das Sozialamt von denen, die arbeitslos sind, als Bereicherung angesehen wird. Ausser natürlich diese, die das nicht so intensiv machen wollen. Und aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen, damit der Stadtrat und die Verwaltung nicht mit diesem Ansinnen geplagt werden. "

Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP)
„Ich kann die Aussagen vom André Csillaghy von der SP vollständig unterstützen. Das Problem ist bekannt, aber wir haben bis heute keine Lösungen. Wer nach zwei Jahren ausgesteuert wird, muss zum Sozialamt. Für jemanden, der eigentlich noch etwas machen, etwas bewegen oder eine Tagesstruktur haben will, ist das definitiv kein Weg. Ich glaube nicht, dass diese Initiative – respektive wir in Dübendorf – etwas daran ändern können. Aber einfach als Signalwirkung werde ich diese Initiative sicher unterstützen. Und dann möchte ich Sie auch noch daran erinnern, wie erstaunlich es ist, dass Leute, junge Leute, die über 30 sind, gute Stellen haben und sich Stellenwechsel überlegen, bereits heute Angst haben, dass sie mit 50 Jahren ihren Job verlieren könnten. Ich denke da braucht es wirklich ein Umdenken in unserer Gesellschaft und ich appelliere hier auch an die Parteien von Kantons- und Nationalräten, dass wir da neue Lösungen anschlagen."

Abstimmung
Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 9 Ratsmitglieder.

Beschluss

1. Die Einzelinitiative von André Winkler betreffend „Bedingungsloses Grundeinkommen für über 50jährige Ausgesteuerte“ wird nicht vorläufig unterstützt und somit sofort als erledigt abgeschrieben.

7. Einzelinitiative André Winkler "Geeignetes externes privates Stellenvermittlungsbürc mit persönlicher Betreuung von Sozialhilfeempfänger" / vorläufige Unterstützung GR Geschäft Nr. 1/2018

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) erläutert das Vorgehen betreffend vorläufiger Unterstützung der Einzelinitiative:
„Die Einzelinitiative wurde beim Ratsbüro eingereicht, welche die Stimmberechtigung des Initianten überprüfen liess. Diese wurde durch das Einwohneramt Dübendorf bestätigt. Wenn die Einzelinitiative von mindestens 14 Ratsmitgliedern die vorläufige Unterstützung erhält (Art. 11 Gemeindeordnung), wird sie an den Stadtrat überwiesen, der die Gültigkeit prüft. Wenn sie gültig ist, wird der Stadtrat einen Bericht und Antrag ausarbeiten, der dann dem Gemeinderat vorgelegt wird. Wenn die vorläufige Unterstützung nicht erreicht wird, gilt die Einzelinitiative als erledigt abgeschrieben.

Diskussion

Brigitte Kast (GP)
„Wenn man an die vergangenen Diskussionen bezüglich Sozialamt zurückdenkt, ist es nicht verwunderlich, dass auch seitens der Bevölkerung Kritik geübt wird. Dass aber ausgerechnet das Modell Dübi-Jobs kritisiert wird, ist für uns nicht nachvollziehbar. Gemäss unseren Informationen aus der Bevölkerung hat dieses Angebot sowohl bei Arbeitgebenden, wie auch bei Stellensuchenden einen guten Ruf. Dieses Modell ist in Dübendorf bestens bekannt und hat sich bewährt. Daher sehen wir

den in der Initiative vorgeschlagenen Weg nicht als den richtigen. Aus diesen Gründen werden die beiden linken Fraktionen diese Initiative nicht unterstützen."

Orlando Wyss (SVP)
„Auch diese Einzelinitiative von André Winkler ist etwas, was aus seinem persönlichen Umfeld gestellt wurde. Er möchte auch hier nicht geplagt werden mit solchen Druckversuchen – wie er das sieht – mit der Arbeitssuche. Was an dieser Einzelinitiative ganz stark stört, ist, dass er mit Falschangaben operiert, die hinten und vorne nicht stimmen. Meine Vorrednerin hat es gesagt, der Jobbus gilt nicht nur als erfolgreich, er ist erfolgreich. Und es gibt hunderte von Leuten, die im ersten Arbeitsmarkt untergebracht werden konnten und was André Winkler da behauptet, stimmt hinten und vorne nicht. Und da gibt es eigentlich für Sie und für mich nur eine Antwort: dass Sie die Finger unten lassen bei der Abstimmung."

Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)
„Das amtliche Publikationsorgan der Stadt Dübendorf ist genutzt worden, besser formuliert: es ist benützt worden, um Unwahrheiten zur Veröffentlichung zu bringen. Man hat Mitarbeiter und ihre Arbeitsleistung diskreditiert und ich kann an dieser Stelle sagen, dass Mitarbeiter von Dübi Jobs, wie auch vom Sozialamt Dübendorf hervorragende Arbeit leisten. So ist es vorher auch ein bisschen bei Brigitte Kast hervorgekommen. Ich möchte einfach einmal ganz am Anfang deklarieren, dass es mir enorm wichtig ist, wenn man mit etwas nicht zufrieden ist und dann einfach etwas platziert, das nicht fassbar ist, dass es dann natürlich schwierig ist, das Anzuschauen. Fakt ist, dass wir bis zum heutigen Tag keine entsprechenden Meldungen erhalten haben. Auf meinem Pult habe ich keine Meldungen. Ich erwarte, dass Sie, geschätzte Gemeinderäte, bei konkreten Fällen, mir diese melden. Damit ich diese Sachen angehen kann. Ich brauche konkrete Angaben und keine Hypothesen, die man in den Raum hineinstellt. Ich brauche konkret: Was ist wann passiert, wer ist betroffen, was hat sich ereignet und wo. Und um was geht es überhaupt? Nur so können wir uns verbessern und nur so kann ich Sachen oder Hinweisen nachgehen. Ich möchte Sie einfach bitten, nicht einfach unfassbare Sachen zu platzieren, sondern konkret zu mir zu kommen und dann sofort die entsprechende Meldung zu machen, damit wir dies ansehen können."

Abstimmung
Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 0 Ratsmitglieder.

Beschluss

1. Die Einzelinitiative von André Winkler betreffend „Geeignetes externes privates Stellenvermittlungsbüro mit persönlicher Betreuung von Sozialhilfeempfänger“ wird nicht vorläufig unterstützt und somit sofort als erledigt abgeschrieben.

8. Bürgerrechtsgesuche

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

8.1. Ismaili Midjela, mazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 240/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Ismaili
Vornamen	Midjela
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Mazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.2. Kozak Osman, türkischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 243/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 33 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Kozak
Vornamen	Osman
Geburtsjahr	1982
Staatsangehörigkeit	Türkei

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.3. Kryeziu Fidan, kosovarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung Geschäft GR Nr. 244/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 34 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Kryeziu
Vornamen	Fidan
Geburtsjahr	1982
Staatsangehörigkeit	Mazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.4. Ryvkin Vitalii sowie Medvedeva Alla, russische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 245/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 33 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Ryvkin
Vornamen	Vitalii
Geburtsjahr	1971
Staatsangehörigkeit	Russland

sowie seine Ehefrau

Name	Medvedeva
Vornamen	Alla
Geburtsjahr	1965
Staatsangehörigkeit	Russland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.5. Iannotta-Prikrylova Katerina sowie die Kinder Iannotta Domenico und Gina Maria tschechische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 252/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Iannotta
Vorname	Katerina
Geburtsjahr	1976
Staatsangehörigkeit	Tschechische Republik

sowie die Kinder

Name	Iannotta
Vorname	Domenico
Geburtsjahr	2004
Staatsangehörigkeit	Italien

und

Name	Iannotta
Vorname	Gina Maria
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Italien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8.6. Tahir Siddiqa Ijaz sowie die Kinder Ansar Muhammad Uzair, Ansar Husnaa Touqueer und Ansar Rahmah Touqeer, pakistanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 253/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 10 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Tahir
Vorname	Siddiqa Ijaz
Geburtsjahr	1988
Staatsangehörigkeit	Pakistan

sowie die Kinder

Name	Ansar
Vorname	Muhammad Uzair
Geburtsjahr	2011
Staatsangehörigkeit	Pakistan

und

Name	Ansar
Vorname	Husnaa Touqueer
Geburtsjahr	2015
Staatsangehörigkeit	Pakistan

und

Name	Ansar
Vorname	Ramah
Geburtsjahr	2018
Staatsangehörigkeit	Pakistan

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8.7. Widmann Robert, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung Geschäft GR Nr. 254/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Widmann
Vornamen	Robert
Geburtsjahr	1962
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

8.8. Zekjiri Erdjan, mazedonischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 255/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Zekjiri
Vornamen	Erdjan
Geburtsjahr	1984
Staatsangehörigkeit	Mazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung an Stadtrat, zum Vollzug.

9. Wahlen für die Amtsdauer 2018-2022

9.1. Wahl der Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2018-2022

Wahlvorschlag IFK
Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP/CVP/EVP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder der Sozialbehörde vor:

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Bisher/Neu
Albrecht	Caroline	Langhagweg 6, 8600 Dübendorf	bisher
Bucherer Romero	Evelyne	Rütistrasse 29, 8044 Gockhausen	neu
Umbricht	Simon	Ueberlandstrasse 204, 8600 Dübendorf	neu
Zeier	Regula	Raubbühlstrasse 43, 8600 Dübendorf	neu

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis
Die vorgeschlagenen Personen werden mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

9.2. Wahl der Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2018-2022

Wahlvorschlag IFK
Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP/CVP/EVP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder der Jugendkommission vor:

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Bisher/Neu
Angliker	Stefan	Hörnlistrasse 18a, 8600 Dübendorf	bisher
Jovanovic	Ivan	Untere Zelglistrasse 24, 8600 Dübendorf	bisher
Murer	Andreas	Bungertweg 21, 8600 Dübendorf	bisher
Schmid*	Fabienne	Fällandenstrasse 15, 8600 Dübendorf	neu
Von der Crone*	Björn	Ahornstrasse 19, 8600 Dübendorf	neu
Vuilleumier*	Joel	Im Zwinggarten 23, 8600 Dübendorf	bisher

*) Art. 46 der Gemeindeordnung sieht vor, dass die Jugendkommission aus dem Bildungsvorstand als Präsidenten besteht und sechs weiteren durch den Gemeinderat zu wählenden Mitgliedern, davon zwei Jugendliche, die bei ihrer Wahl nicht älter als 22 Jahre alt sind. Die markierten Personen erfüllen diese Voraussetzung.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis
Die vorgeschlagenen Personen werden mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

9.3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2018-2022

Wahlvorschlag IFK
Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP/CVP/EVP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder des Wahlbüros vor:

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Partei	Neu/bisher
Allemann Schweizer	Jürg	Adlerstrasse 15, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu
Besmer	Doris	Tödistrasse 20, 8600 Dübendorf	FDP	bisher
Biggel	Roger	Sunnhaldenstrasse 4, 8600 Dübendorf	FDP	bisher
Biggel	Verena	Sunnhaldenstrasse 4, 8600 Dübendorf	FDP	bisher
Bless	Elisabeth	Eichstockstrasse 5, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Boos	Peter	Kreuzbühlstrasse 12, 8600 Dübendorf	GP	bisher
Boss Brühwiler	Helena	Wasserfurrenstrasse 14, 8600 Dübendorf	glp/GEU	bisher
Brechbühl	Markus	Saatwiesenstrasse 14, 8600 Dübendorf	EDU	bisher
Bross	Manfred	Raubbühlstrasse 44, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu
Brühwiler	Ramona	Wasserfurrenstrasse 14, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu
Brunner	Irene	Alte Landstrasse 5a, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Bucherer Romero	Evelyne	Rütistrasse 29, 8044 Gockhausen	SP	neu
Burkhard	Patrizia	Meiershofstrasse 30, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Burkhardt	Daniel	Nelkenstrasse 7, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Columberg	Andrej	Föhrliweg 16, 8600 Dübendorf	SP	neu

Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **01. Oktober 2018**

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Partei	Neu/bisher
Columberg	Leandra	Föhrliweg 16, 8600 Dübendorf	SP	neu
Ferrara	Caroline	Schulhausstrasse 18, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu
Filli	Gertrud	Sonnenbergstrasse 30, 8600 Dübendorf	CVP	bisher
Fischer	Edith	Alte Landstrasse 11b, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Freuler	Alexandra	Fällandenstrasse 2, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Fritschi	André	Alpenstrasse 33, 8600 Dübendorf	glp/GEU	bisher
Fritschi	Nolly	Alpenstrasse 33, 8600 Dübendorf	glp/GEU	bisher
Fröhlich	Elisabeth	Sunnhaldenstrasse 6c, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Gasser	Arthur	Adlerstr. 12, 8600 Dübendorf	EDU	bisher
Gbongli	Kerstin	Grüzenstrasse 47, 8600 Dübendorf	GP	neu
[redacted]	[redacted]	Adresse auf Wunsch gelöscht	SVP	neu
Giger	Heidi	Wallisellenstrasse 26A, 8600 Dübendorf	CVP	neu
Griesser	Caroline	Untere Geerenstrasse 24c, 8600 Dübendorf	SVP	neu
Gyger	Jacqueline	Neuhofstrasse 28, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Halter	Gisela	Eglishölzliweg 1, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Henggeler	Karl	Im Trübacker 8, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Herter	Esther	Alte Gfennstrasse 85, 8600 Dübendorf	FDP	bisher
Herter	Rudolf	Alte Gfennstrasse 85, 8600 Dübendorf	FDP	bisher
Hirschi	Gabriela	Gumpisbüelstrasse 1, 8600 Dübendorf	FDP	neu
Hirschi	Paul	Gumpisbüelstrasse 1, 8600 Dübendorf	FDP	neu
Huber	Burkhard	In der Weid 20, 8600 Dübendorf	glp/GEU	bisher
Hufschmid	Eveline	Bungertweg 19, 8600 Dübendorf	BDP	neu
Hug-Weber	Ruth	Bühlwiesenstrasse 15, 8600 Dübendorf	SP	neu
Immler	Rosmarie	Neuweg 13, 8600 Dübendorf	BDP	bisher

Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **01. Oktober 2018**

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Partei	Neu/bisher
Jovanovic	Ivan	Untere Zelglistr. 24, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu
Kanca	Ida	Lindenstrasse 3, 8600 Dübendorf	CVP	bisher
Kienast	Lino	Im Hundsrücken 5, 8600 Dübendorf	BDP	neu
Kleiner	Roswitha	Am Gfenngraben 17, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Kost	Edith	Untere Geerenstrasse 20c, 8600 Dübendorf	SVP	neu
Lanzendörfer	Regula	Meiershofstrasse 11, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Lutz	Christoph	Schulhausstrasse 21, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Meier	Ueli	Zwinggartenstrasse 15, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Meier	Brigitte	Langhagweg 3, 8600 Dübendorf	SVP	neu
Meier	Sabine	Strehlgasse 10, 8600 Dübendorf	FDP	neu
Meister Güntensperger	Katharina	Taschenstrasse 5, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Mey	Ursula	Bettlistrasse 14, 8600 Dübendorf	CVP	neu
Meyer	Eveline	Mettlenweg 4, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Mundt	Walter	Kasernenstrasse 4, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Ott	Regula	Grüzenstrasse 53, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Perenzin	Elia	Im Hundsrücken 11, 8600 Dübendorf	BDP	neu
Reiss	Eliette	Kasernenstrasse 6, 8600 Dübendorf	EVP	neu
Reiss	Yvonne	Kasernenstrasse 6, 8600 Dübendorf	EVP	neu
Rossel	Sarah Corina	Birchlenstrasse 25A, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Schanz	Lukas	Mettlenweg 4, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Schmed	Milan	Täschenstrasse 10, 8600 Dübendorf	SP	neu
Schori	Barbara	Grundstrasse 17, 8600 Dübendorf	CVP	neu
Schwegler	Guido	Gfennstrasse 11b, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Schweizer	Susanne	Adlerstrasse 15, 8600 Dübendorf	SP	neu

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Partei	Neu/bisher
Selimi	Albane	Hermikonstrasse 47, 8600 Dübendorf	FDP	neu
Senn	Barbara	Rotbuchstrasse 49, 8600 Dübendorf	SP	neu
Senn	Margrith	Stägenbuckstrasse 8a, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Senn	Max	Stägenbuckstrasse 8a, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Siems	Katharina	Grüzenstrasse 12, 8600 Dübendorf	GP	neu
Siems	Rudolf	Grüzenstrasse 12, 8600 Dübendorf	GP	neu
Stalder	Katharina	Alte Gfennstrasse 64a, 8600 Dübendorf	EVP	bisher
Steiner	Doris	In Grosswiesen 15, 8044 Gockhausen	EVP	bisher
Steiner	Rita	Raubbühlstrasse 36, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Stettbacher	Lilli	Alte Gfennstrasse 79, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Stockmann	Benedikt	Neuhofstrasse 29, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Stockmann	Esther	Neuhofstrasse 29, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Straub	Gabriela	Neuweg 1, 8600 Dübendorf	GP	neu
Stüdli	Othmar	In der Weid 9, 8600 Dübendorf	CVP	bisher
Tanner	Markus	Untere Geerenstrasse 61, 8600 Dübendorf	glp/GEU	bisher
Tremp	Dolly	Im Hofacher 5, 8600 Dübendorf	BDP	neu
Tröster	Beate	Im Weidgrund 2, 8600 Dübendorf	GP	bisher
Tschudi	Thomas	Oberdorfstrasse 69c, 8600 Dübendorf	BDP	bisher
Tschumi	Ernst	u. Geerenstrasse 2, 8600 Dübendorf	EVP	bisher
Vuilleumier	Fernand	Im Zwinggarten 23, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Vuilleumier	Joel	Im Zwinggarten 23, 8600 Dübendorf	SP	neu
Vuilleumier	Karin	Im Zwinggarten 23, 8600 Dübendorf	SP	bisher
Wagenseil	Christine	Alte Landstrasse 16b, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Wagner	Daniel	Hermikonstrasse 41, 8600 Dübendorf	glp/GEU	neu

Name	Vorname	Adresse/Wohnort	Partei	Neu/bisher
Walder	Patrick	Usterstrasse 65, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Walder	Rudolf	Usterstrasse 65, 8600 Dübendorf	SVP	neu
Weder	Albert	Casinostrasse 8, 8600 Dübendorf	SVP	bisher
Zollinger	Sarah	Zwinggartenstrasse 15, 8600 Dübendorf	SVP	neu
Zwimpfer	Guido	Untere Zelglistrasse 4, 8600 Dübendorf	CVP	bisher
Zwimpfer	Rita	Untere Zeglistrasse 4, 8600 Dübendorf	CVP	bisher

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis
Die vorgeschlagenen Personen werden mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.
Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.
Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20:25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Paul Steiner
Gemeinderatspräsident

Patrick Schnider
Stimmenzähler i. V. für Ivo Hasler

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler